



Rede von Harald WIEDENHOFER, Generalsekretär von EFFAT, für den Weltgipfel zum Klimawandel in Kopenhagen

Vor genau 2 Monaten, am 15.9. hat die Weltbank ihren World Development Report 2010 veröffentlicht.

2 zentrale Botschaften sind:

1. die Entwicklungsländer werden 70-80% der Kosten von Umweltzerstörung und Klimawandel tragen müssen.
2. Die Kluft zwischen arm und reich wird durch den Klimawandel noch grösser.

Der Klimawandel wird enorme Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion haben. Die Zeiten weltweiter Nahrungsmittelüberschüsse sind vorbei.

Wenn die Rodung von tropischen Wäldern für den Ackerbau eine Frage des Überlebens ist, dann sind Hunger und Armut wesentliche Ursachen für Umweltzerstörung und Klimawandel.

D.h. der Kampf gegen Hunger und Armut ist Teil des Kampfes gegen den Klimawandel. Und damit wird der Kampf für starke Gewerkschaften und die weltweite Umsetzung der IAA Normen wesentliche Voraussetzung für die Bekämpfung des Klimawandels.

Auch das macht uns als Gewerkschaften zu unverzichtbaren Partnern der Umweltschutzbewegung.

Wir brauchen dringend eine „grünen Deal“. Unser Ziel ist nicht Wachstum **trotz** nachhaltiger Entwicklung; unser Ziel ist Wachstum **durch** nachhaltige Entwicklung.

Dieses neue Wachstumsmodell erfordert ein neues Gesellschaftsmodell, einen Paradigmenwechsel, eine neue Art zu arbeiten, zu konsumieren und zu leben. Der Klimawandel ist damit nicht nur eine ökologische sondern zutiefst gesellschaftliche Herausforderung.

Unternehmen, die nicht nur schöne Nachhaltigkeitsbeschlüsse gefasst haben, sondern Nachhaltigkeit als leitenden Grundsatz ihrer Unternehmensstrategie konsequent umsetzen wollten, haben ihre gesamte Art zu arbeiten von grund auf verändert. Alle Ebenen, alle Arbeitsplätze im Unternehmen waren betroffen.

Aber es gibt auch Arbeitsplatzverlierer:

Für den Landarbeiter in Südsanien, der durch den Klimawandel seinen Arbeitsplatz verliert, ist es z.B. kein Trost, wenn dafür neue Arbeitsplätze in der Solarindustrie nördlich der Alpen geschaffen werden.

Deshalb entlässt uns der grüne Deal auch nicht aus der Verantwortung, für diese Arbeitenehmer neue Lebens- und Arbeitsperspektiven zu entwickeln.

Dafür brauchen wir Konversionsprojekte, dafür brauchen wir Finanzmittel.

Dafür brauchen wir eine nachhaltige Industrie- und Regionalpolitik – unter Einbeziehung der betroffenen und der Gewerkschaften. Das ist und bleibt eine unserer zentralen Forderung.



EFFAT

EUROPEAN FEDERATION OF FOOD, AGRICULTURE AND TOURISM TRADE UNIONS

Die Stärkung der Rolle der Gewerkschaften beim Umweltschutz wird übrigens schon 1992 in der Agenda 21 von Rio gefordert. Der Vertrag widmet der Rolle der Gewerkschaften ein eigenes Kapitel.

Kapitel 29 verlangt,

- die aktive Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei der Gestaltung, Umsetzung, Evaluierung der Umweltpolitik auf internationaler, nationaler und betrieblicher Ebene;
- gefordert wird die Einrichtung betrieblicher Kooperationsmechanismen für Sicherheit, Gesundheit, Umwelt und die wirksame Mitgestaltung und Beteiligung der Arbeitnehmer an Umweltstandards.

Schon der Vertrag von Rio lässt keinerlei Zweifel daran, dass zur Umwelt eben auch die Arbeitsumwelt gehört.

Das geht bei vielen Diskussionen verloren.

Deshalb ist es unsere besondere Aufgabe als Gewerkschaften, dies stärker in die Diskussion miteinzubringen.

Denn es ist doch völlig inakzeptabel, wenn z.B. die Bauern in der EU im Rahmen der cross compliance verbindlich für die Einhaltung von Umweltstandards sorgen müssen, nicht aber für die Einhaltung von Sozialstandards.

Wir erwarten von der Konferenz, dass völkerrechtlich verbindliche Ziele vereinbart werden, die dann auch wirklich umgesetzt werden. Dafür braucht es gemeinsame internationale Strukturen, die die nationalen Aktionspläne registrieren und überwachen. Diese Strukturen haben wir bisher nicht.

Wesentlich ist auch die Frage der Finanzierung der Massnahmen.

Ohne Privatanleger werden die notwendigen Investitionen nicht zu tätigen sein.

Es gibt bereits eine starke und finanzkräftige Umweltlobby, die sich lautstark für Umweltschutz stark macht und die viele der neuen Arbeitsplätze schafft.

Diese Investoren brauchen langfristig zuverlässige politische Rahmenbedingungen und vor allem klare verbindliche Ziele zur Emissionssenkung.

Ob es uns gefällt oder nicht:

Die Umwelt hat vor allem dann eine Überlebenschance, wenn sich ökologisch sinnvolles Verhalten ökonomisch rechnet.

Da erwarten wir von der EU leadership.

Wir haben einen Verbündeten bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung, von dem in diesem Zusammenhang oft zu wenig die Rede ist: dem Konsumenten.

Konsumenten erwarten heute, dass Produkte unter nachhaltigen Bedingungen hergestellt werden. Aber dann müssen wir den Konsumenten durch Nachhaltigkeitslabel die Möglichkeit geben, ihre Kaufentscheidungen entsprechend zu steuern. An Bio- und Öko-Labeln besteht kein Mangel. Was fehlt ist ein von allen anerkanntes Nachhaltigkeitslabel, das auch soziale Kriterien berücksichtigt.



EFFAT

EUROPEAN FEDERATION OF FOOD, AGRICULTURE AND TOURISM TRADE UNIONS

Es kann nicht sein, dass die EU bei der Herstellung von Biokraftstoffen die verbindliche Einhaltung von Umweltstandards zur Erhaltung der Biodiversität fordert, nicht aber die verbindliche Einhaltung des Verbotes der Kinderarbeit auf Palmölplantagen in Indonesien.

Ich erinnere mich noch an sehr kontroverse Diskussionen, die wir als Gewerkschaften vor vielen Jahren mit den Umweltverbänden geführt haben.

Ich glaube, seitdem haben wir alle gelernt, dass soziale und ökologische Aspekte zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

Es ist der Begriff der Nachhaltigkeit, der uns heute verbindet und eine Kooperation mit völlig neuer Qualität ermöglicht.

Ich bin dem EGB sehr dankbar, dass er diese Kooperation so gefördert hat.

Diese Zusammenarbeit ist ein politisches Potential, dass wir auch in Zukunft noch mehr als bisher für eine nachhaltige Entwicklung nutzen sollten.

Harald WIEDENHOFER
EFFAT Generalsekretär